

## Ein Friedensplan für Israel und Palästina - von Jeffrey Sachs

*Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.*

Es ist dringend erforderlich, die Geiseln im Gazastreifen zu befreien, das Blutvergießen in Israel und Palästina zu beenden, dauerhafte Sicherheit sowohl für das israelische als auch für das palästinensische Volk zu schaffen, das Streben des palästinensischen Volkes nach einem souveränen Staat zu erfüllen und einen Prozess echter nachhaltiger Entwicklung in der Region Östliches Mittelmeer - Naher Osten (EMME) einzuleiten. Dies kann durch die sofortige Aufnahme Palästinas als UN-Mitgliedstaat in die Wege geleitet werden.

Palästina ist bereits weitgehend als souveräner Staat anerkannt, und zwar (ab Juni 2023) von 139 der 193 UN-Mitgliedstaaten, wenn auch nicht von den USA oder den meisten Ländern der Europäischen Union (Schweden hat Palästina 2014 anerkannt, und Spanien hat kürzlich einen möglichen Schritt zur Anerkennung signalisiert). Für die Diplomatie und die Teilnahme an globalen Angelegenheiten, die über das Schicksal Palästinas entscheiden, ist das Land jedoch kein Mitglied der UN. Am 23. September 2011 beantragte die Palästinensische Autonomiebehörde die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen im Einklang mit den jahrzehntelangen Resolutionen des UN-Sicherheitsrats, in denen eine Zweistaatenlösung auf der Grundlage der Grenzen von vor 1967 gefordert wird. Das Schreiben wurde ordnungsgemäß an den Ausschuss des Sicherheitsrats für die Aufnahme neuer Mitglieder weitergeleitet.

Wie der palästinensische Präsident Mahmoud Abbas in dem Antragsschreiben feststellte:

„Das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit und die Vision einer Zweistaatenlösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt wurden von der Generalversammlung in zahlreichen Resolutionen festgeschrieben, darunter unter anderem die Resolutionen 181 (II) (1947), 3236 (XXIX) (1974), 2649 (XXV) (1970), 2672 (XXV) (1970), 65/16 (2010) und 65/202 (2010) sowie die Resolutionen 242 (1967), 338 (1973) und 1397 (2002) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 9. Juli 2004 (zu den rechtlichen Folgen des Mauerbaus in den besetzten palästinensischen Gebieten). Darüber hinaus hat sich die überwiegende Mehrheit der internationalen Gemeinschaft für unsere unveräußerlichen Rechte als Volk,

einschließlich des Rechts auf Staatlichkeit, eingesetzt, indem sie den Staat Palästina auf der Grundlage der Grenzen vom 4. Juni 1967 mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt bilateral anerkannt hat, wobei die Zahl dieser Anerkennungen mit jedem Tag zunimmt.“

Nach der Vorlage beim UN-Sicherheitsrat bemühten sich die USA hinter den Kulissen im Mitgliedschaftsausschuss, den Antrag zu unterbinden, obwohl es im Ausschuss, im UN-Sicherheitsrat selbst und in der UN-Generalversammlung eine überwältigende Unterstützung für den Antrag zu verzeichnen war. Der UN-Sicherheitsrat hat aufgrund des Widerstands der USA nie über den Antrag Palästinas abgestimmt, und Palästina begnügte sich damals mit einem Beobachterstatus (ohne Stimmrecht). Der UN-Sicherheitsrat sollte den Antrag Palästinas jetzt, ein Dutzend Jahre später, genehmigen, aber dieses Mal mit der öffentlichen Anerkennung des von den USA die ganze Zeit Behaupteten, aber nie wirklich Unterstützten: volle Staatlichkeit und UN-Mitgliedschaft für Palästina.

Netanjahus Krieg dient offensichtlich nicht dem Streben nach einem gerechten Frieden. Netanjahu und sein Kabinett lehnen die Zweistaatenlösung ausdrücklich ab, wollen die Palästinenser im Gazastreifen und im Westjordanland unterwerfen und schlagen weitere israelische Siedlungen im besetzten Palästina sowie eine dauerhafte israelische Souveränität über Ostjerusalem vor. Ihre Politik kommt einer Apartheid und ethnischen Säuberung gleich. Gerade wegen dieser Ungerechtigkeiten wird der Krieg wahrscheinlich zu einem regionalen Krieg eskalieren und die Hisbollah, den Iran und andere einbeziehen, wenn nicht eine gerechte politische Lösung gefunden wird.

Vor dem 7. Oktober versuchte Netanjahu, die Beziehungen zu den arabischen Staaten zu „normalisieren“, ohne auf die Notwendigkeit eines palästinensischen Staates einzugehen, doch dieser zynische Ansatz war zum Scheitern verurteilt. Ein echter und dauerhafter Frieden kann nur in Verbindung mit politischen Rechten für das palästinensische Volk erreicht werden.

Wahre Friedensführer auf beiden Seiten sind immer wieder zu Märtyrern geworden, darunter der große ägyptische Führer Anwar Sadat und der mutige israelische Ministerpräsident Yitzhak Rabin, die beide getötet wurden, weil sie eine friedliche Koexistenz predigten. Unzählige weitere Palästinenser und Israelis, deren Namen wir nicht einmal kennen, sind ebenfalls auf der Suche nach Frieden zwischen Israelis und Palästinensern gestorben, Opfer von Terrorismus, der oft von Extremisten innerhalb ihrer eigenen Gemeinschaften ausgeht.

Trotz dieser schwerwiegenden Hindernisse gibt es einen klaren Ansatz für den Frieden durch die UN, denn die arabischen und islamischen Nationen fordern seit langem einen Frieden mit Israel auf der Grundlage einer Zweistaatenlösung, wie sie von der Palästinensischen Autonomiebehörde gefordert wird. Auf dem außerordentlichen gemeinsamen arabisch-islamischen Gipfel in Riad am 11. November gaben die arabischen und islamischen Führer die folgende Erklärung zugunsten einer Zweistaatenlösung ab:

„So bald wie möglich sollte ein glaubwürdiger Friedensprozess auf der Grundlage des Völkerrechts, legitimer internationaler Resolutionen und des Grundsatzes Land für Frieden eingeleitet werden. Dies sollte innerhalb eines bestimmten Zeitrahmens und auf der Grundlage der Umsetzung der Zweistaatenlösung mit internationalen Garantien geschehen, die zu einem Ende der israelischen Besetzung der palästinensischen Gebiete, einschließlich Ost-Jerusalem, des besetzten syrischen Golan, der Shebaa-Farmen, der Kafr-Hügel, Shoba und der Außenbezirke der libanesischen Stadt Al-Mari, führen.“ (Deutsche Übersetzung der englischen Fassung des arabischen Originals)

Die arabischen und islamischen Führer verwiesen insbesondere auf die arabische Friedensinitiative von 2002, in der bereits vor einundzwanzig Jahren bekräftigt wurde, dass „ein gerechter und umfassender Frieden im Nahen Osten eine strategische Option der arabischen Länder ist, die im Einklang mit der internationalen Legalität erreicht werden soll und ein vergleichbares Engagement der israelischen Regierung erfordert... [und] Israel außerdem auffordert, (unter anderem) die Errichtung eines souveränen, unabhängigen palästinensischen Staates auf den seit dem 4. Juni 1967 besetzten palästinensischen Gebieten im Westjordanland und im Gazastreifen zu akzeptieren, mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt.“

Die arabischen Länder haben bereits 2002 klar erklärt, dass ein solches Ergebnis zum Frieden zwischen den arabischen Nationen und Israel führen würde, insbesondere, dass die arabischen Nationen „den arabisch-israelischen Konflikt als beendet betrachten, ein Friedensabkommen mit Israel schließen und allen Staaten der Region Sicherheit bieten würden.“ Leider befindet sich Netanjahu seit 2009 die meiste Zeit an der Macht und setzte seine Bemühungen daran, die arabische Friedensinitiative zu ignorieren und sie aus dem Blickfeld der israelischen Öffentlichkeit zu halten.

Der UN-Sicherheitsrat, einschließlich aller ständigen Mitglieder (P5), sollte Palästina unverzüglich in die UN aufnehmen und sich verpflichten, die Umsetzung der Zweistaatenlösung operativ und finanziell zu unterstützen, einschließlich einer von Palästina willkommenen Friedenstruppe. Insbesondere sollte die Resolution des UN-Sicherheitsrats die Vereinten Nationen und die Nachbarstaaten dazu verpflichten, sowohl Israel als auch den neuen UN-Mitgliedstaat Palästina bei der Gewährleistung der gegenseitigen Sicherheit und der Entmilitarisierung der Milizen zu unterstützen.

Die Resolution des UN-Sicherheitsrates sollte die folgenden Punkte enthalten:

- Die sofortige Gründung Palästinas als 194. UN-Mitgliedstaat mit den Grenzen vom 4. Juni 1967, mit der Hauptstadt in Ost-Jerusalem und der Kontrolle über die islamischen Heiligen Stätten;

- Eine sofortige Freilassung aller Geiseln, ein dauerhafter Waffenstillstand aller Parteien und die Bereitstellung humanitärer Hilfe unter Aufsicht der UN;
- Eine Friedenstruppe in Palästina, die hauptsächlich aus arabischen Staaten besteht und unter dem Mandat des UN-Sicherheitsrats operiert;
- die sofortige Entwaffnung und Demobilisierung der Hamas und anderer Milizen durch die Friedenstruppen als Teil des Friedens;
- die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und allen Staaten der Arabischen Liga in Verbindung mit der UN-Mitgliedschaft des Staates Palästina;

Ein neuer UN-Friedens- und Entwicklungsfonds, wie ich ihn kürzlich im UN-Sicherheitsrat befürwortet habe, um neben anderen Zielen ein langfristiges, nachhaltiges Entwicklungsprogramm im östlichen Mittelmeerraum zu finanzieren, das Palästina, Israel, Syrien, den Libanon, Jordanien, Ägypten und andere Nachbarländer einschließt.

Natürlich gäbe es noch viel zu verhandeln, einschließlich einvernehmlicher Grenzanpassungen, aber diese Verhandlungen würden in Frieden, zwischen zwei souveränen UN-Mitgliedsstaaten und unter der Schirmherrschaft des UN-Sicherheitsrats, der UN-Generalversammlung und vor allem der UN-Charta und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte geführt werden.

**ENDE**